



2014/38 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2014/38/verdraengung-auf-wienerisch>

Gentrifizierung in Wien

Verdrängung auf Wienerisch

Von **Nicole Tomasek**

Trotz öffentlicher Wohnbautradition steigen auch in Wien die Mieten und es gibt Verdrängungsprozesse.

Braut und Bräutigam lächeln schüchtern, er mit einer Tolle im Haar, sie ganz in Weiß. Das von Rosen umgebene Foto auf einem Hochzeitsteller mit Goldrand an der Wand neben dem Tresen im Café Else hat inzwischen einen Rotstich. Das schüchterne Hochzeitspaar sind Frau Else, wie sie nur genannt wird, eine Prater-Prostituierte und Rotlichtgröße, und ihr Mann aus einer Wiener Zuhälterfamilie. Die vor allem in den sechziger Jahren berühmte Frau Else eröffnete das Café Else 1978, ein Lokal, in dem Prostituierte und Freier anbandelten. Rundherum im Volkertviertel in Praternähe befanden sich Stundenhotels. Die für ihre Brutalität berühmte Zuhälterin und Prostituierte »Wilde Wanda«, die die von Männern dominierte Rotlichtszene in den siebziger Jahren kräftig aufmischte, verkehrte auch in dem Café und war mit Frau Else befreundet. Diese war jedoch vielmehr für ihre Großherzigkeit und Hilfsbereitschaft in der Nachbarschaft bekannt und galt als äußerst tier- und kinderlieb. »Die Hunde kommen immer noch vorbei, weil sie ein Leckerli erwarten«, erzählt Roland Schweizer, der das Café Else vor einem Jahr neu eröffnet hat. Frau Else habe er nicht mehr kennen gelernt, sie war vor ein paar Jahren gestorben, das Café stand etwa zwei Jahre leer. Der Hochzeitsteller fand aus ihrem Nachlass durch einen ihrer Neffen den Weg ins neue Café Else. Heute ist es kein Rotlichttreff mehr, auch wenn es in der Nähe noch ein paar Stundenhotels gibt. Aber die Geschichte werde nicht vergessen, und »jeder ältere Taxifahrer kennt das Lokal«, sagt Schweizer.

Das Viertel hat sich in den vergangenen 15 Jahren stark verändert, viele Altbauten wurden saniert, die Rotlichtszene wurde wegen der Aufwertung des anliegenden Karmeliterviertels mit dem bekannten Karmelitermarkt in andere Gegenden verdrängt. Um Freiern das Umherfahren in der Gegend zu erschweren, wurden auf Beschwerden einiger Anwohner hin die Straßen zu Einbahnstraßen, deren Richtung »gefühlte alle zwei Monate wechselte«, so Schweizer. Die Verkehrsberuhigung habe die Lebensqualität erhöht, räumt er ein, die Aufwertung des Alliierten- und des Volkertviertels bereite jedoch auch Probleme.

Einst war es eine ärmere, migrantisch und jüdisch geprägte Gegend, nach der Shoah kamen einige Jüdinnen und Juden zurück, die Infrastruktur blieb größtenteils erhalten, heute stehen Synagogen neben Moscheen – »ohne Konflikte«, so Schweizer –, auch eine orthodoxe jüdische Gemeinde ist hier anzutreffen. Die linke und grüne Community arbeitet seit einigen Jahren viel mit den migrantischen Communities zusammen, Treffen der entstandenen Anwohnerbewegung für eine sozialere Entwicklung des Viertels fanden auch im Café Else statt. Gemeinsam wurde zum Beispiel verhindert, dass der Volkertmarkt wie der Karmelitermarkt zur teuren Gastromeile umgewandelt wird. Dreimal konnte die Räumung der besetzten »Pizzeria Anarchia« eine Ecke weiter von Anwohnerinnen und Sympathisanten verhindert werden. Die Hausbesitzer hatten einst Punks angeworben, um Mieterinnen und Mieter zu vertreiben, die sich der Sanierung des Hauses und ihrer Verdrängung widersetzen. Doch die Punks solidarisierten sich mit den Mietern, besetzten einen Teil des Hauses, belebten die einstige Pizzeria neu. Der vierte Räumungsversuch am 28. Juli war erfolgreich – mit einem Großaufgebot der Polizei. »Eine Terrorübung der österreichischen Polizei« sei das gewesen, so Schweizer. Empörte Anwohnerinnen und Anwohner stellten Videos von den Polizeischikanen ins Netz, Pressekonferenzen fanden im Café Else statt.

Zwei Punks mit großen Rucksäcken und Hunden stehen über einen Monat nach der Räumung vor dem eingerüsteten Gebäude in der Mühlfeldgasse 12. »Was Tolles haben die hier angerichtet«, schimpft der eine, der sich als Besetzer der ersten Stunde vorstellt, über die Hausbesitzer. »Wenn ich eine seit vier Monaten leerstehende Wohnung besetze und Strom und Wasser bezahle, darf ich dort bleiben – aber ich habe nicht mal einen Euro«, meint er resigniert. Da täuscht er sich leider über die Gesetzeslage, in Wien ist das nicht möglich. »Im Park« schliefen sie nun, sagen die beiden und ziehen weiter durch den Regen.

Wien wächst rasant. Derzeit hat es 1,77 Millionen Einwohner, 2029 sollen es über zwei Millionen sein, zwei Drittel davon Zugezogene. Der II. Bezirk ist in den vergangenen Jahren für den Immobilienmarkt sehr interessant geworden. 2013 wurde die neue Wirtschaftsuniversität (WU) eröffnet, Studierende auf Wohnungssuche stören sich kaum an den meist auf drei Jahre befristeten Mietverträgen. Hinzu kommen riesige Entwicklungsareale, etwa auf dem einstigen Gelände des geschlossenen Nordbahnhofs. Vor fünf Jahren wurde die U-Bahn-Linie 2 eröffnet und vor allem das Stuwerviertel zwischen Nordbahnhof und Prater aus seiner Insellage geholt. Die entstehenden Neubauten, darunter öffentlich geförderter Wohnungsbau, bieten durchaus eine hohe Lebensqualität. Doch der öffentliche Wohnungsbau sei vor allem Mittelsstandsförderung, sagt Gerhard vom Wiener »Recht-auf-Stadt«-Netzwerk, der durch das Stuwerviertel führt. 250 000 Wohnungen, etwa ein Viertel des Wohnungsbestands, umfassen die Gemeindebauten, die Stadt Wien gilt daher als größter Vermieter weltweit. Mit dem Verweis darauf wird von offizieller Seite oft behauptet, Gentrifizierung gebe es in Wien gar nicht, empirische Daten fehlen.

Das Stuwerviertel war einst Überschwemmungsgebiet der Donau. Für die Weltausstellung von 1873 wurde der Sumpf trockengelegt und bebaut. Es gilt als eines der ersten gescheiterten Immobilienspekulationsobjekte. Herrschaftliche Gebäude am Rand zeugen davon, dass einst Größeres geplant war. Vor der Weltausstellung stiegen die Immobilienpreise, das heizte die Spekulation an, Kredite für Bauvorhaben wurden teils

ohne größere Sicherheiten vergeben. Der Crash an der Wiener Börse im Jahr 1873, der sogenannte Gründerkrach, machte diesem Boom zunächst ein Ende, bebaut wurde das Gebiet dennoch. Allerdings wohnten dort eher ärmere Menschen, darunter viele Migrantinnen und Migranten und Jüdinnen und Juden. Noch bis vor 15 Jahren galt das Viertel nicht als das beste und war wegen der dortigen Rotlichtszene rund um den Prater verrufen.

Die Filmemacherin Tina Leisch, der Stadtforscher Roman Seidl und die Künstlerin Tanja Boukal vom Stuwerkomitee bezeichnen sich selbst ironisch als »Vorboten der Gentrifizierung«. Wir sitzen in der Kneipe »Lokativ« in der Arnezhofstraße, davor stehen Betonpoller zur Verkehrsberuhigung, auch hier eine Maßnahme gegen umherfahrende Freier. Seit elf Jahren vernetzen sich politisch Interessierte aus dem Viertel im Stuwerkomitee, um sich mit der Geschichte und aktuellen Entwicklungen des Viertels auseinanderzusetzen.

In der neuesten Kampagne »Rotlicht statt Blaulicht« setzt sich das Stuwerkomitee dafür ein, dass der Straßenstrich im Viertel als Weltkulturerbe anerkannt wird. Damit wollen sie »den Spieß umdrehen«, so Leisch, schließlich gehöre die Prostitution hier seit über 100 Jahren zur Kultur, große Wiener Künstler wie Arthur Schnitzler und Gustav Klimt beschäftigten sich damit, das Alt-Wienerische kenne viele erotische Begriffe.

Zu schaffen macht den Prostituierten, dass mit dem Prostitutionsgesetz von 2011 fast alle »Erlaubniszonen«, in denen der Straßenstrich legal war, abgeschafft wurden.

Sexarbeiterinnen werden dadurch an den Stadtrand gedrängt, falls sie doch in den Verbotszonen arbeiten, sind sie Schikanen der Polizei ausgesetzt und eher auf Zuhälter angewiesen. Das Stuwerkomitee fordert, dass möglichst viel Geld bei den Frauen selbst bleibt, dass sie in einem sicheren Umfeld arbeiten können und ihre Rechte gewahrt werden.

Der Kontakt zu den Sexarbeiterinnen sei immer gut gewesen, erzählt Boukal. Vor ihrem Atelier standen seit Jahren zwei Frauen: »Wenn die mal nicht da waren, habe ich mir schon Sorgen gemacht.« Auch Einbrüche und Autodiebstähle habe es kaum gegeben, »weil immer jemand auf der Straße war«. Andere Frauen finden das problematisch. Dass man »für käuflich gehalten und ständig taxiert« werde, sei sehr unangenehm, erzählt eine Frau, die in einem Projekt gegen Gewalt gegen Frauen arbeitet und im Stuwerviertel öfter eine Freundin besucht hat. Die Freundin sei deswegen nun in einen anderen Bezirk gezogen. Auch die Rotlichtszene hat sich in den vergangenen 15 Jahren stark verändert. Heute haben etwa 90 Prozent der Prostituierten in Österreich keinen österreichischen Pass, viele sprechen kaum Deutsch, wenige arbeiten noch frei. Sie versuchen, weniger aufzufallen. Politisch interessiert seien die meisten nicht, bemerkt Boukal, doch auch diesen würden neue Erlaubniszonen und sicherere Arbeitsbedingungen zugute kommen. Zwar sind Sexarbeiterinnen nicht im Stuwerkomitee vertreten, es wird aber von einigen beraten und es gibt gemeinsame Veranstaltungen.

Darauf, dass Prostitutionspolitik und Gentrifizierung im Viertel einhergehen, will das Stuwerkomitee ebenfalls aufmerksam machen. Der schlechte Ruf hielt die Mieten lange Zeit gering, nun steigt der Aufwertungsdruck. In ihrem Haus habe es innerhalb eines Jahres vier Hausbesitzerwechsel gegeben, so Boukal. Mieterinnen und Mieter sollen ausziehen, um die Altbauten profitabler zu machen. Wegen Schikanen sei einer der Hausbesitzer sogar angezeigt worden.

Fragwürdige Methoden, um alte Mieterinnen und Mieter loszuwerden, scheinen auch andernorts vorzukommen. Vor etwa einem Jahr habe der Druck auf ihren Vater zugenommen, erzählt Asiye S., die in einem neueren Gemeindebau am Rande des Stuwerviertels wohnt. Ihr Vater, Cafer I., sollte nach fast 40 Jahren aus der Wohnung in der Esterházygasse 6 im VI. Bezirk ausziehen, da das Haus saniert und mit einem Aufbau versehen werden sollte. 200 000 Schilling musste der ehemalige Bauarbeiter bei seinem Einzug einst als Ablöse zahlen, die Nettokaltmiete für die knapp 50 Quadratmeter große Wohnung war immer noch sehr günstig. Er weigerte sich auszuziehen, nach dem Umbau sollte er eine kleinere Wohnung bekommen, deren Miete deutlich höher gewesen wäre. Als letzter Mieter blieb er, musste einen Seiteneingang benutzen, zwischen Baustaub und unter dem ständigen Druck und Schikanen der Hausverwaltung leben, im Frühjahr wurde seine Toilette im Gang abgerissen.

Asiye und die anderen fünf Kinder unterstützten den 65jährigen Renter, suchten gemeinsam juristische Hilfe. Jeden Tag habe er sie angerufen, erzählt Asiye: »Er litt unter Panikattacken, hatte große Angst, seine Wohnung zu verlieren«, da er auf keinen Fall abhängig und auf Sozial- oder Wohnbeihilfe angewiesen sein wollte. Sie komme gerade von den Vorbereitungen für die traditionellen Feierlichkeiten, die die 40tägige Trauerzeit beschließen. Der Gedanke, was ihr Vater ertragen musste, lasse der Familie keine Ruhe. Am Morgen des 2. August wurde er tot unter zwei Baugittern hinter dem gesperrten Hauseingang aufgefunden – ohne Schlüssel, Schuhe und Brille. Weitere Umstände, etwa die Lage seines Körpers und Aussagen von Nachbarn, die an jenem Morgen lautes Scheppern gehört haben wollen und gesehen haben wollen, wie Bauarbeiter rasch die Baustelle verließen, lassen den Todesfall seltsam erscheinen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen fahrlässiger Tötung. Die Angehörigen sind verzweifelt, auch, weil die Baupolizei trotz offensichtlicher Mängel an der Baustelle zuvor nichts getan hatte. Nicht einmal eine Woche nach dem Todesfall erreichte sie ein Brief der Hausverwaltung, in dem Anteilnahme bekundet, aber auch mit Nachdruck darauf hingewiesen wurde, dass die Wohnung weiter zugänglich sei – eine implizite Aufforderung, sie endlich zu räumen, meint Asiye. Der Fall ist immer noch nicht aufgeklärt.

Zu einer Mahnwache am 3. September zum Gedenken an Cafer I. kamen etwa 150 Menschen aus dem Viertel. Die Anteilnahme war groß, nicht nur, weil viele ihn kannten, sondern auch, weil viele Menschen ähnliche Schikanen von Hausbesitzern erleben. Vor allem ärmere und migrantische Mieterinnen und Mieter in maroden Häusern wüssten gar nicht, an wen sie sich wenden können, sagt Asiye. Auf dem Flyer zur Mahnwache heißt es, es gebe über 30 bekannte Fälle derartiger Schikanen in Wien. Auch die Räumung der »Pizzeria Anarchia« im II. Bezirk wurde erwähnt.